



Pressemitteilung

03. Juni 2003

Bericht in der „LL“ vom 03.06.03 „Stadt erhöht die Mieten“

Der ehemalige Ratsherr Kens Kalke und die SPD Ratsherrin und Vorsitzende des Sozialausschusses Frau Gabriele Peterburs kritisieren die Mehrheitsentscheidung der CDU und FDP im Finanzausschuss zur Mieterhöhung für städtische Mietwohnungen als „nicht sozialverträglich“.

Herr Kalke hat recht, wenn er bemängelt, dass die Bürger auch in anderen Bereichen zur Kasse gebeten werden. Nur, wer ist dafür verantwortlich?

Zur Kasse bittet derzeit die rot/grüne Bundesregierung den Bürger. Die Kommunen haben Mrd. € Steuerausfälle zu erwarten. Die Städte und Kommunen können keine Vorbildfunktion übernehmen, sondern sind gehalten ihre Finanzlage in den Griff zu bekommen. Für Geesthacht bedeutet dies, dass die politisch Verantwortlichen mit dem finanziellen Polster weitsichtig umgehen müssen. Die derzeit gute Finanzlage ist kein Grund auf Mieterhöhungen zu verzichten.

In 28 von 193 stadteigenen Mietwohnungen soll die Miete auf ein Niveau unterhalb des Wohn- Preisniveaus angehoben werden. Dies ist keine unsoziale Aktion, sondern ein notwendiger Schritt. Die letzten Mieterhöhungen erfolgten 1997 und 2000. Bei der letzten Erhöhung hat die damalige Mehrheitsfraktion SPD zugestimmt, obwohl dank gestiegener Arbeitslosenzahlen auch hier die Sozialverträglichkeit in Frage gestellt werden konnte. Die Stadtverwaltung ist gehalten, auf die Deckung der Kosten zu achten. Der wirtschaftliche Aspekt liegt hier höher als der soziale, da die Stadt hier privatrechtlich als Vermieter tätig wird.

Für die FDP Fraktion
Rüdiger Tonn
Fraktionsvorsitzender

Fraktionsvorsitzender: **Rüdiger Tonn**
stellv. Fraktionsvorsitzender: **Dr. Hans- Georg Priesmeyer**